



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

266 (10.6.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-334190](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-334190)

General-Anzeiger



Abonnement: 70 Pfennig monatlich, 720 Pfennig jährlich, durch die Post bez. incl. Porto auswärts Bl. 2.42 pro Quartal, Einzelnummer 5 Pfg.

Inserate: Die Solon-Belle . . . 25 Pfg. Ausdrückliche Inserate . . . 80 Die Wellen-Belle . . . 1 Mark

Badische Volkszeitung, der Stadt Mannheim und Umgebung, (Mannheimer Volksblatt)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegraph-Adresse: „Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern: Direktion, Buchhaltung 1449; Druckerei-Bureau (Einnahme-Druckarbeiten) 841; Redaktion . . . 877; Expedition und Verlagsbuchhandlung . . . 218.

Nr. 266. Mittwoch, 10. Juni 1908. (Abendblatt.)

Lehrerschaft und Gehaltsstarif.

In der „Bad. Landesztg.“ wird versucht, den Beschluss der Beamtenkommission in Sachen Einreihung der Volksschullehrer in den Gehaltsstarif zu rechtfertigen, da dieser bekanntlich in der Lehrerschaft sehr viel böses Blut gemacht hat. Der dilatorische Beschluss sei allein auf die bestimmte Erklärung des Herrn von Dusch zurückzuführen, dass die Regierung den Gehaltsstarif zurückziehen werde, wenn die Kommission einen Antrag auf die Einreihung der Lehrer annehme. „Dass dies nicht eine leere Drohung bleiben werde, das anzunehmen war auch sonst noch Grund vorhanden“. Dieser Standpunkt wird dann wörtlich wie folgt begründet: „Demnach konnte die Kommission unmöglich vor der gesamten Beamtenschaft des Landes die Verantwortung übernehmen, daß die so schnell erzwungene und durchwegs notwendige Verbesserung ihrer Gehälter abermals verzögert werde, um einer an sich freilich berechtigten Forderung des Lehrerstandes willen, des Lehrerstandes, der zudem materiell doch erst vor zwei Jahren besser gestellt worden war. Es war gewisslich dringender, vernünftiger und auch gewisser, man greife auch einmal dem gesamten Beamtentum eine Verbesserung seiner Bezüge zu sichern, wenn man vor der Behörde, entweder allen Beamten sachlich zu helfen oder zu Gunsten der Lehrer einen recht billigen, aber durchaus nutzlosen Beschluss zu fassen. Die Kommission konnte aber auch den Lehrern gegenüber nicht die Verantwortung übernehmen, die sie vor ihnen zu tragen gehabt hätte, wenn sie durch die gemeinsame Beschlussfassung und das damit unweigerlich verbundene Scheitern der Beamtenschaft die Enttäuschung und geradezu den Haß aller Beamten auf die Lehrerschaft gelenkt hätte. Die Lehrer sind aber bei der späteren Besetzung ihres Postens durchaus auch auf die Mitarbeit der Beamten angewiesen, denn die Landbevölkerung ist ihren Wünschen nicht unbedingt hold.“

Mit der materiellen Besserstellung der Lehrer vor zwei Jahren wäre man wohl besser nicht gekommen, sie ist gefehlt in unserem Blatte aus sachkundiger Feder auf das Maß ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zurückgeführt worden. Es wurde 1906 eben nur „einigermaßen nachgeholt“. Ganz selbstverständlich dürfte die Kommission nicht eine weitere Verzögerung der Gehaltsbesserung der Beamten geschehen lassen. Die Beweisführung der „Bad. Landesztg.“ wäre richtig, wenn sie von richtigen Voraussetzungen ausginge, die Nachsätze wären richtig, wenn der Bordsatz stimmt. Aus inneren Gründen, die nahe genug liegen, begründet sie, daß die Regierung ihre Drohung wahr gemacht haben würde, wenn die Kommission fest blieb. Je weniger sachlich begründet der Standpunkt der Regierung in der Frage war, um so weniger konnte sie auf die Länge hartnäckig bleiben, wo auf dem Spiel stand, die politische Stimmung der gesamten badischen Beamtenschaft zu verderben. War die Frage der Einreihung der Lehrer in den Gehaltsstarif die Erbitterung der Beamten gegen die Regierung im Angeficht der Landtagswahlen von 1909 wert? Die Frage stellen heißt sie beantworten. Die Erbitterung der Beamten hätte sich, das ist doch klar, weit weniger gegen die Lehrer und die deren auch in Beamtentkreisen als berechtigt geltenden Forderungen vertretenden Parteien gerichtet, als gegen die Regierung, die aus wenig zwingenden Gründen eine notwendige Vorlage zurückzog. Darüber war

wohl die Regierung selbst am allerwenigsten im Zweifel. So lange uns die Kommission nicht genauer über die Gründe ihrer Annahme aufklärt, die Regierung werde ernst machen mit der Zurückziehung der Vorlage, so lange dürfen wir annehmen, die Kommission habe die Drohungen der Regierung nicht richtig zu taxieren verstanden und der Regierung sei ein äußerlich wenigstens geschickt erscheinendes Spiel, das fast an Bülow-Rheinbabenische Schule erinnert, allzu leicht gemacht worden. War „man“ wieder einmal zu gubernalmental? Man denke sich, die Kommission hätte sich wie ein Mann erhoben und erklärt, nun gut, wir befragen auf unserer gerechten Forderung der Einreihung der Lehrer in den Gehaltsstarif, bereichte Regierung, ziehe die Beamtentvorlagen samt Gehaltsstarif zurück und trage das Odium wie die Verantwortung für diesen ebenso unbegründeten wie folgenschweren Schritt; die Groß-Regierung in Karlsruhe hätte es sich sehr wohl überlegt, ob sie diesen äußersten Schritt tun solle.

Zu Augenblick freilich, wo die Regierung wirklich ernst machte mit ihrer Drohung, mußte sich die Kommission entschließen, nachzugeben. Denn es ist klar, daß die Interessen der Mehrheit der badischen Beamten Respekt fordern, das werden auch die Lehrer anerkennen, ohne freilich zu begreifen, warum, wenn man das eine tun wollte, man das andere lassen solle. Dann aber durfte und mußte die Kommission viel nachdrücklicher, als es in dem Artikel der „Bad. Landesztg.“ geschehen ist, der Regierung die Verantwortung für ihre sachlich unbegründete, politisch unzuverlässige Haltung in der Frage der Einreihung der Lehrerschaft in den Gehaltsstarif zuschreiben. Aber wie gelangt wir glauben, daß die Regierung ihre Drohungen weniger ernst genommen hat, als die Kommission.

Das die nationalliberale Partei anbetrifft, so wird uns in der „Bad. Landesztg.“ versichert, sie werde weiter im Sinne der Beamtenschaft arbeiten: „In dieser Richtung hat sie schon gleichzeitig mit dem jetzt angefaßten Beschluss die weitere Behandlung der Frage in dem nächsten Landtag gefördert, indem sie in der Kommission erfolgreich für einen Resolutionsantrag wirkte, der die Einreihung der Lehrer in eine bestimmten Klasse (G 2) bei Gelegenheit der im Landtag 1909/10 in Angriff zu nehmenden Revision des Elementar-Mittelrichtgesetzes ins Auge faßt. Von einer Entschädigung kann nicht die Rede sein; denn wer ruhigen Wertes den Zusammenhang der Dinge überblickt, muß und möchte einsehen, wenn er nur einseitig sein will, daß unter den gegebenen Umständen nicht mehr für die Lehrer zu erreichen war, als ein Wechsel auf den nächsten Landtag. An der Einlösung dieses Wunsches aber mitzuarbeiten, muß und wird das Bestreben der nationalliberalen Partei sein.“

Politische Uebersicht.

Mannheim, 10. Juni 1908.

Der Verband Bayerischer Metallindustrieller gegen die Organisationen der Privatangeestellten.

Zu dem von uns gebührend gewürdigten Rundschreiben des Verbandes bayerischer Metallindustrieller erhalten wir aus den Kreisen der Privatangeestellten folgende Zuschrift:

Ein Rundschreiben, das nicht verfehlen wird, in den weitesten Kreisen unliebsames Aufsehen zu erregen, hat der Verband Bayerischer Metallindustrieller (V. B. M.) unter dem 3. Juni d. Js. „streng vertraulich“ an seine Mitglieder gerichtet. Darin wird empfohlen, nach Möglichkeit auf Reduzierung der in den einzelnen Werken beschäftigten Mitglieder des Bundes der technisch-industriellen Beamten hinzuwirken. Ebenso sollen die Mitglieder einiger Handlungsgehilfen-Verbände — und zwar möglichst schon jetzt — aus den einzelnen Betrieben ausgewemert werden. Es sind dies: der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der Verein der deutschen Kaufleute und der Verband Deutscher Handlungsgehilfen. Man sieht an dieser bevorstehenden Maßregelung wieder einmal recht deutlich, daß das Koalitionsrecht bei uns in Deutschland noch nicht frei von Anfechtungen ist. Ueber die Ursachen des Vorgehens des V. B. M. ist man sich in eingeweihten Kreisen nicht im Unklaren. Wünsche der Angestellten nach Verbesserung der Arbeitszeiten und nach einer Regelung der Gehälter spielen auch in Bayern eine Rolle. Und weil einzelne der genannten Organisationen auf das Mißliche der vorhandenen Zustände hingewiesen haben, sollen jetzt ihre Mitglieder büßen; ob die Mißstände aber nun beseitigt werden? Man wird auch nicht schiefgehen, wenn man annimmt, daß der gegen die Arbeitsverhältnisse der im V. B. M. führenden Firma Bing-Nürnberg vor einem Jahre ausgesprochene öffentliche Kampf des dortigen deutschnationalen Geschäftsführers eine der Veranlassungen gewesen ist, die zu dem jetzigen Vorkommnisse geführt haben. Im übrigen spielen partikuläre Interessen mit und auch die fortgesetzte Mitgliederabnahme der beiden „altbayerischen“ kaufmännischen Vereine „Merkur-Nürnberg“ und „1873er-Nürnberg“, die unter der Konkurrenz der konföderierten vier norddeutschen Verbände schwer zu leiden haben, dürfte eine nicht unwesentliche Rolle in der Angelegenheit spielen. Beide Vereine sind reine Wohlfahrtsvereine und werden sehr stark von Prinzipalen subventioniert. Sicher ist jedenfalls das Eine, daß die Verhältnisse im Handlungsgehilfenstande derartige Maßnahmen sehr erleichtern. Organisierten Arbeitern dürfte man das nicht zu bieten wagen und an den wohldisziplinierten Mitgliedern des Bundes der technisch-industriellen Beamten (die sogar einen Jahresbeitrag von 24 Mark an ihre Organisation zahlen) dürften die bayerischen Unternehmer auch noch einige Enttäuschungen erleben. Vom politischen Standpunkt aus betrachtet ist die ganze Angelegenheit zu bedauern. Man sollte die berechtigten Klagen der Verbände ohne Voreingenommenheit prüfen, die Mängel und Mißstände — wo sie vorhanden sind — beseitigen und damit eine Politik der Klugheit betreiben, die sicher reiche Zinsen trägt. Die preussischen Landtagswahlen haben ja erst wieder gezeigt, welche große Anziehungskraft die Sozialdemokratie als Protestmittel hat, und es sollte von allen denen, die mit den großen Angestellten-Organisationen zu rechnen haben, wohl bedacht werden, daß diese doch eine verhältnismäßig bedeutende Macht hinter sich haben.

Das Wahlergebnis und die Blokopolitik.

Der „Bayer. Kur.“ hat ein eigenartiges Ergebnis der preussischen Landtagswahlen entdeckt, nämlich die „Verurteil-

Die neuen Heidelberger Sammlungen.

Dem Hauptbahnhofe gelangen wir durch die Hauptstraße zu dem neuen städtischen Sammlungsgebäude, dem ehemals von Carl Ludwig'schen Hause, das aus dem Jahre 1709 stammend am 1. Juli 1866 zum Preise von 300 000 Mark von der Stadt Heidelberg erworben wurde und das schon von weitem durch seine leuchtend rote Fassade ins Auge springt. Durch das mächtige, im Stile der holländischen Renaissance gehaltene Portal treten wir in die Torsfahrt ein, in deren Wände verschiedene alte Steinwappen eingelassen sind, darunter auch das freiherrliche Wettendorfsche Wappen, das im roten Felde einen silbernen Ring zeigt.

Wir steigen hinauf durch das breite, von mächtigen Säulen getragene Treppenhause, dessen Wände mit zahlreichen großen Leinwandgemälden geschmückt sind, die dem ganzen einen warmen, feierlichen Charakter verleihen. Es sind vorwiegend Portraits, Bilder der Kurfürsten und ihrer Gemahlinnen, von denen namentlich Karl Theodor und Elisabeth Auguste im Vordergrund stehen. Hier finden wir auch das Bildnis des bekannten Ochsändlers aus Mandelstam, des alten Hans, und seiner biedereren Ehegattin, ferner ein Bild des Schloßverwalters Josef Keller aus Mannheim und seiner Frau. Letzteres zeigt außer den feinen, edelgeformten Gesichtszügen eine wundervolle Behandlung des um den Kopf herabfallenden Schleierns. Durch seine leuchtenden Farben fällt die Darstellung einer „Dichterschilde“ des Kurfürsten Carl Theodor auf dem „Kedar“ mit dem Dilsberg im Hintergrunde ins Auge und gibt Kunde von einem grandiosen Jagdspiele, das heuteutage glücklicher Weise der Geschichte angehört.

Auf dem Vorwege des ersten Obergeschosses steht ein steinerner Renaissance-Salon mit reicher, überaus feiner Arbeit. An den Wänden hängen Bildnisse einzelner Kurfürsten und Kurfürstinnen bis auf Ludwig V. und solche geistlicher Herren. Darunter sind in Glasfäßen kirchliche Siegel und Stempel, sowie alte Urkunden holländischer Kurfürsten und holländischer Verträge aufgestellt.

Dem Treppenaufgang gegenüber betreten wir das ausgezeichnete renovierte „Stüchzimmer“, das mit Möbeln im Stile Ludwigs XVI. ausgestattet ist und eine kunstvolle Uhr von Jean Denkers in Amsterdam mit beweglichem Schiffsmodell enthält. In einem Kasten am Fenster sind die ersten Erzeugnisse der Buchdruckerkunst in Heidelberg aufbewahrt. Außerdem finden wir hier Goldschmiede und Silber der Kurfürsten von Carl Heinrich bis Friedrich V.

In dem sog. „gestülften Zimmer“ nebenan lernen wir die Kurfürsten Friedrich V., Karl Ludwig und Karl, sowie Elisabeth und deren englische und französische Auserwählten kennen. Ein großer, weitläufiger Brunnenschrank birgt alte Messgewänder aus der St. Annastafel in Remscheid. Das weitere Mobiliar besteht aus einigen antiken Holzstühlen mit prächtig geschnitzten Rückenlehnen, sog. Apostelstühlen.

Ein schmaler Übergang, der seltsamliche Spottgedichte (Einblattgedichte) auf Friedrich V. sowie Proben der Kupferstecherkunst in Heidelberg zeigt, führt zum westlichen Seitenflügel des Hauses. Kirchliche Altäre (Gemälde und plastische Werke, meist Holzskulpturen) überbehrt der erste Raum. Aus der St. Annastafel stammt der prachtvolle Eisenbein-Arzt mit der Kreuzabnahme Christi. Der große Flügelaltar gehört der Schule des Tillmann-Riemenschneider an. Erwähnenswert ist ferner die „Lektüre“, 23. Februar 1253, holländische Halle des Papstes Alexander IV., das Kloster Pfaffenberg betreffend. Wundervoll geschnitztes Chorgestühl und Proben der den Kubenbelag bildenden Steinplatten entstammen dem Kloster Schönmünster bei Heidelberg und ein schönes Kreuzigt aus Holz der Schalkstraße in der Grabengasse.

Das nächste Kabinett hat die große Sammlung wertvoller Tafelgemälde aufgenommen, darunter Gemälde und Zeichnungen von Lukas Cranach dem Älteren und Jüngeren. Hier wird auch der Trossing Luthers aufbewahrt, der die Inschrift trägt: „Catharina a Rosa D. Martino Lutero 13. Juni 1525.“ Er

wurde der Sammlung aus dem Nachlasse des 1851 in Heidelberg verstorbenen Kirchenrats und Professors Paulus übernommen. Die Sammlung besitzt ferner Handschriften Melancthon's, die im gleichen Raume verwahrt sind.

In den beiden nächsten Sälen ist die Volkstümliche Gemäldesammlung untergebracht, über die wir bereits bei ihrer ersten Eröffnung im vorigen Jahre berichtet haben. Für diese Abteilung liegt auch bereits ein sehr überblicklicher Katalog vor, der über das Wissenswerte Auskunft erteilt. Wir wollen hier nur kurz erwähnen, daß vor allem die holländische und flämische Schule hervorragend vertreten sind. Von Namen bekannter Meister nennen wir nur von Goyen, Knipfeler, van de Velde und Teniers. Das Bild „Knabe mit Vogelneß“ rührt wahrscheinlich von der Hand Murillo's her, „Napier und Antiope“ wird von Dax zugeschrieben. Besonders möchten wir unsere Leser auf Henri de Gelders „Josef, den gefundenen Feser in der Hand, spricht mit Juda“ und auf No. 54 „Königliche Hof“ von Reinhold Hobbema aufmerksam machen. Letzteres zeigt eine ganz vorzügliche Technik.

In den großen Saal der Volkstümlichen Galerie eingebaut ist ein selten schönes, kleines Kupferstichkabinett mit Stichen von Wille und dessen Schule, das sich ehemals in dem Mexikanischen Hause in der Grabengasse befand und das seit zwei Jahren im Besitz der Stadt Heidelberg ist. Bemerkenswert ist ferner eine überaus wertvolle japanische Möbelgarnitur aus reich geschnitztem Palisanderholz, die aus dem Nachlass des Herrn Direktors Groß hier der Stadt Heidelberg zufiel.

Wir kehren nun zurück und gelangen vom „gestülften Zimmer“ aus in das „pompejanische Zimmer“, das seinen Namen den darin befindlichen pompejanischen Wandgemälden verdankt. Vor allem lenken zwei große Vitrinen hier unsere Aufmerksamkeit auf das aus 172 Stücken bestehende große frankensicher Porzellanensemble mit Früchte- und Blumenmuster. Zwei allerliebste Porzellanfiguren machen uns mit den beiden lieblichen Zwillingstöchter des Kur-

lung der Blockpolitik, die durch den Pahlau's Fall, erwiesen sein soll:

Der Reichstag kann seinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß seine Blockpolitik kein Echo im Volke gefunden hat; denn sonst wären Nationalliberale und Freisinnige vorwärts marschiert; aber sie geben den Kreditgang. Wenn heute das Volk vor Bewußtsein für den Reichstag stünde, so wäre die Blockpolitik in alle Winde zerstreut; aber diese soll erst 400 Millionen Mark neuer Steuern machen, dann kann die Abrechnung um so gründlicher erfolgen. Wie können vergnügt und zuversichtlich in die Zukunft; wie marschieren! Das Zentrum ist auf der Höhe!

Bei jemand, der auf der Höhe steht, ist Schwindel keine Selteneheit. Auch der „Bayer. Kur.“ ist von diesem Uebel befallen. Denn er tut nicht nur so, als sei es bereits eine ausgemachte Sache, daß Nationalliberale und Freisinnige ihren Mandatsbesitz nicht behaupten, sondern er erweckt rührend den Anschein, als ob die Blockpolitik des Reichstages lediglich aus Nationalliberalen und aus Freisinnigen zusammengesetzt sei. Da aber die Konservativen und die Freisinnigen ebenfalls zur Blockpolitik gehören, haben die Blockparteien bisher bereits 292 Mandate zum Abgeordnetenhaus erlangt, d. h. fast genau die Zweidrittelmehrheit. Die Blockpolitik des Reichstages hat also im Volke ein sehr kräftiges Echo gefunden.

Südbayerische Kanalprojekte.

Der vor kurzem in München abgehaltenen 18. Hauptversammlung des Vereins zur Hebung der Fluß- und Kanalschiffahrt in Bayern ist von Oberbaurat Hensel ein neues Kanalprojekt Donau-Rhein unterbreitet worden, das das lebhafteste Interesse verdient.

Das neue Projekt ist aus einem älteren hervorgegangen, das ursprünglich nur eine Großschiffahrtsstraße zwischen Main und Donau, sei es auf dem Wege über Neumarkt u. bsp. bis zur Einmündung bei Kelheim, sei es auf dem Wege über die Hessa Carolina bei Weihenburg mit der Einmündung bei Steppberg vorlag. Es war die Kanalisierung des Main bis Bamberg hinauf, der Urm- und Ausbau des alten Ludwig-Donau-Main-Kanals bis Nürnberg und die Anlage eines neuen Kanals von Nürnberg über Weihenburg bis Steppberg geplant. Von dort sollte der Abstieg zur Donau erfolgen, und zwar in einem Seitenkanal, der aufwärts bis Ulm, Stromabwärts bis Kelheim führen sollte. Die Donau selbst sollte von Kelheim bis Regensburg für die Großschiffahrt hergerichtet und über Steppberg sollten auch München und Augsburg an diesen auf circa 300 bis 400 Millionen veranschlagten Großschiffahrtsweg angeschlossen werden.

Ein neues Projekt führte dann den Kanal von Steppberg bis Uffenheim (mit Seitenkanal nach Nürnberg), ließ ihn bei Marktbreit in den Main münden, schnitt die großen Wehren des Main durch einen Verbindungskanal Marktbreit-Weihenburg ab und benutzte von da bis zur Einmündung in den Rhein das Mainbett. Der jetzige Vorschlag des Prinzen Ludwig endlich benutzt überhaupt nicht den Main, sondern führt diesen lediglich durch Seitenkanäle mit dem neuen Großschiffahrtsweg in Verbindung. Der von dem Prinzen angeregte Kanal geht von Uffenheim direkt westlich bis Oberbach, steigt dort mit einer etwa 210 Meter hohen Schleufentreppe ins Redarthal hinab und führt dann auf dem kanalisiertem Redar direkt bis Mannheim. Es verläuft er beispielsweise den Weg von Nürnberg bis zum Rhein gegenüber dem früheren Projekt von 444 auf 248 Kilometer.

Zwischen sind aber auch die tapferen Schwaben im Königreich Württemberg nicht faul gewesen. Auch sie rücken mit Großschiffahrtsprojekten an, gleich dreien an der Zahl, von denen das eine, der Donau-Redar-Kanal, ein direktes Konkurrenzprojekt gegen die Bayern darstellt, während das zweite Donau und Bodensee verbinden und das dritte den Redar in seinem ganzen Laufe bis Eßlingen für Schiffe bis zu 600 Tonschiffbar machen will.

Die Redar-Donau-Verbindung soll durch die Täler der Rems, des oberen Kocher und der Brenz gehen, bei Redarrens vom kanalisiertem Redar abzuweichen, über Weiblingen und Eßendorf bald auf dem rechten, bald auf dem linken Ufer der Rems bis Gmünd ziehen, beim Bahnhof Eßlingen in das Tal übergehen, an Kalen vorbei das Kochertal erreichen, Weidenheim berühren und endlich in der Gegend von Lönningen in den dort geplanten Donau-Seitenkanal münden. Der neue Kanal soll von Lönningen bis Redarrens 112 Kilometer lang werden und 112 Millionen kosten. Der erwähnte Donau-Seitenkanal ist identisch mit dem von den Bayern geplanten Kanal Kelheim-Ulm.

Die Verbindung Donau-Bodensee schließlich ist bei 108 Kilometer Länge auf nur 80 Millionen veranschlagt. Sie will die Täler der Riß und Schussen benutzen, unterhalb Ulm beginnen, die Riß bis Biberach verfolgen und bei Langenargen in den Bodensee münden.

Einschließlich der Redarkanalisation dürften die württembergischen Projekte insgesamt 300 bis 350 Millionen beanspruchen. Ihre Haupttendenz ist, neue und billigere Verkehrs-

wege nach Bayern, der Schweiz und dem Rhein und damit zur See zu erschließen, während Bayern vor allem neue Verkehrsanschlüsse an das rheinisch-westfälische Kohlen- und Industriegebiet sucht und als letztes Ziel die Industrialisierung des Landes — das wäre für Bayern gleichbedeutend mit der politischen Liberalisierung — im Auge hat.

Deutsche Arbeiter in London.

Nach den Bürgermeistern, Geistlichen, Sängern, Professoren und Studenten sind jetzt 120 deutsche Arbeiter aus Duisburg und Düsseldorf in London eingetroffen. Sie sind Vertreter der verschiedensten Berufe, und ihr Besuch ist die Folge von Besuchen des englisch. Reiseklubs nach Deutschland. Dieser „Travel-Club“ steht mit dem Browning Settlement in Wolverth in Verbindung, das jährlich eine Anzahl von Arbeitern nach dem Kontinent entsendet. Unsere Landsleute wohnen einer internationalen Versammlung in der Browning-Hall bei, an der in großer Anzahl Franzosen und Engländer teilnehmen. Eine französische Philanthropin Fraulein de Montmort, die der Versammlung präsidierte, begrüßte die Gäste in englischer und französischer Sprache. Sie sei sicher, sagte sie, daß der Besuch zur Herstellung internationaler Freundschaft beitragen werde, die glücklicherweise jedes unter den Völkern Europas dringend zu begründen wünsche. Danach wurde ein Vers der „Paris-Lettre“, gesungen, und Ule, Mitglied der City-Stadtvorordneten, lud nach warmen Willkommensworten die deutschen Gäste für Freitag zu einem Lunch nach der Guildhall ein. Das Programm für den Besuch der deutschen Gäste ist ein sehr großes. Unter anderem ist ein Besuch im Mansion-House und ein Tee auf der Terrasse des Parlaments vorgesehen.

Deutsches Reich.

(Wie vom Verbands deutscher Handlungsgehilfen) mitgeteilt wird, ist beabsichtigt, bei Gelegenheit des von diesem Verbands im Herbst einzuberufenden Kongresses über das kaufmännische Lehrlingswesen auch eine Aussprache mit den Kringsipoln (Handelskammern) über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten in sozialpolitischen Standesfragen der Handlungsgehilfen herbeizuführen, um den Frieden im Verbands zu erhalten.

(In der preussischen Lehrerschaft) hat sich ein bemerkenswerter Vorgang abgespielt, indem sich zwei konfessionell getrennte größere Verbände zu gemeinsamen Schritten in der Abwehr ihrer Standesinteressen zusammengeschlossen haben. Der Vorstand des zum Preussischen Lehrerverband gehörigen Gewerbandes der Lehrer des westfälischen Industriebezirks hatte den Vorstand des Gewerbandes katholischer Lehrer zu einer gemeinschaftlichen Sitzung eingeladen. Der Einladung war Folge geleistet worden. Die Zusammenkunft fand in Bitter statt, und Gegenstand der Beratungen war die Besoldungsfrage, zu der einstimmig eine Resolution angenommen wurde. Die Vorstände beider Verbände beschloßen ferner, auch in Zukunft alle Schritte in der Gehaltsfrage gemeinsam zu tun und in anderen Angelegenheiten, wie beispielsweise in der Schulaufsichtsfrage, geschlossen vorzugehen.

(Ueber „Inferiorität der Römisch-Katholischen“) schreibt Ulrich v. Hoffel in der „Reformation im Anschluß an das viel besprochene Rostocker Buch. Zum Schluß heißt es: Das Thema der Inferiorität der Katholiken wird, wenn Rostock Vorläufer Anlaß finden, im nächsten Winter in allen katholischen Vereinen und Organisationen besprochen werden — für uns Evangelische eine Aufforderung, auch unsererseits dafür zu sorgen, daß die Evangelischen den Vorprung behalten, der ihnen selbst von römisch-katholischer Seite zugestanden wird.“

Babische Politik.

Von der babischen Kerkstammer.

* Karlsruhe, 9. Juni. Die Kerkstammer für das Großherzogtum Baden, die in ihrer letzten Sitzung den Gehaltsaufschlag über die Ausübung der Heilkunde durch nichtapprobierte Personen und den Geheimmittelverkehr beriet, war der Ansicht, daß der im kaiserlichen Gesundheitsamt ausgearbeitete Entwurf keineswegs den Anforderungen der deutschen Kerkstammer entspricht, welche nach wie vor auf einem völligen Kerkstammerverbot beharrt, daß aber doch der Entwurf mit Zustimmung begrüßt werden muß, weil er die schlimmsten Auswüchse der Kerkstammer und des Geheimmittelschwindels beseitigt. Die Forderung des deutschen Dentistenverbandes, von den Bestimmungen des Kerkstammergesetzes ausgenommen zu werden, wurde von

der Kammer und dem anwesenden Regierungsdirektor als berechtigt anerkannt im Hinblick darauf, daß besonders für die kleinen Städte und das flache Land die Dentisten noch nicht entbehrlich seien und letztere schon mit Rücksicht auf ihre gute Ausbildung unter keinen Umständen als Kerkstammer angesehen werden können. Die Einführung einer amtlichen Prüfung für die Dentisten dürfte übrigens bald in Betracht gezogen werden.

Hauptversammlung des Deutschen Lehrervereins.

Dortmund, 9. Juni.

Der heutigen ersten Hauptversammlung des Deutschen Lehrervereins ging schon gestern eine Vertreterversammlung und eine Begrüßungsabend voran. Dabei rief zunächst der zweite Vorsitzende des Dortmunder Lehrervereins, Herr Lehrer Wehmann, den Gästen ein herzlich Willkommen zu.

Die Hauptversammlung selbst wurde vormittags 9 Uhr durch den 1. Vorsitzenden des Deutschen Lehrervereins, Lehrer Köhl, Berlin, eröffnet und durch einen Festspruch des Dortmunder Lehrervereins eingeleitet. Es begrüßte zuerst als Vertreter der Staatsbehörden Herr Ober-Regierungsrat Spidener, Arnberg in der Versammlung und wünschte, daß die Tagung des Deutschen Lehrervereins zur der Entwicklung der deutschen Volksschule beitrage. Darauf hieß der Oberbürgermeister, Herr Geh. Regierungsrat Dr. Schmieding-Dortmund, als Vertreter der Stadt, die Versammlung herzlich willkommen. Lehrer Ellermann-Dortmund wies in seiner Begrüßung darauf hin, daß Dortmund eine bildungs- und schulfreundliche Stadt sei, die die allgemeine Volksschule besitze (sehr Beifall) und große Summen für sie aufwende.

Darauf nahm Professor Dr. Paul Katorb-Warburg das Wort zu seinem Festvortrag: Volk und Schule Preußens vor hundert Jahren und heute. Er führte aus: „Nationalerziehung“ besagt nicht nur, daß ein Volk sich seine Schule schafft, sondern daß die Schule dazu mitwirkt, eine Nation zu schaffen. Die deutsche Schule hat die Einheit der deutschen Nation mit erschaffen helfen, Preußens Veran war, ein Deutschland zu schaffen. Mit der Wiedergeburt Preußens ist eng verbunden die eigentliche Begründung der Schule Preußens, die den Keim der deutschen Nationalerziehung enthält. Redner führt uns in das nach vom Freunde besuchte Berlin im Jahre 1808. Wir hören Schleiermachers tief patriotische Reden über Friedrich den Großen und die schärfste der höchsten Reden an die deutsche Nation. Beide fielen auf denselben Tag, beide bezeichnen die ganze Stimmung jener Tage. Alle waren einig in jener großen Auffassung des Verhältnisses zwischen Nation und Erziehung, die in Preußen besonders starken Ausdruck fand. Und alle erkannten in Pestalozzi den Führer zu der Erziehung, die die Nation wieder aufrichten sollte. Mit dem Kerngedanken der Pestalozzischen Erziehungstheorie, den der selbsttätigen Entfaltung aller menschlichen Kräfte stimmte der Gedanke der Steinischen Verwaltungstreue innerlich überein; der Gedanke, daß die Eigenkraft in jeder Schicht des Volkes und zuletzt in den Individuen zu sozialer Betätigung aufzuwecken sei. Die Ereignisse des Jahres 1806 riefen Stein auf einen größeren Posten. Stein's Schulgesetzentwurf, dessen auf die Volksschule bezüglichen Teil Katorb, ein Mann des heutigen Lehrers, bearbeitet hat, bezeichnet am deutlichsten die allgemeine Richtung der damals beschlossenen Erziehungswesen. Die strenge Einheit der nationalen Schule auf der Grundlage der allgemeinen Volksschule war die leitende Idee. Leider zeigt die heutige preussische Schule in ihrer Bekennungsorganisation einen dem gerade entgegengekehrten mißglückten Weg. Die Schulen sind nach gesellschaftlichen Klassen getrennt.

Es liegt eine ernste Gefahr darin, daß durch die Aufstellungen der Nation für Volkswirtschaft und Volkswohl für unsere Schule nicht mehr so viel geschieht wie damals. Denn gerade der Druck nach äußerer Weiterentwicklung stellt gewaltige und immer wachsende Anforderungen auch an die geistige und sittliche Bildung der ganzen Nation, Anforderungen, denen unser heutiges Unterrichts- und Erziehungswesen kaum mehr gewachsen ist. Ueber der Sorge für die internationale wirtschaftliche und militärische Behauptung darf die andere nicht vernachlässigt werden: Lebensliebe der Nation die Möglichkeit eines menschenwürdigen Daseins zu verschaffen.

Der Redner zeichnet nun in großen Zügen das Idealbild der zu fordernden Nationalerziehung. Den Grund bildet die allgemeine Volksschule, d. h. nicht nur der Befreiung der Volksschulen, sondern die Gemeinlichkeit der ersten sechs Schuljahre und seine Fortsetzung ohne Rücksicht auf den Stand und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Eltern. Die Erfüllung dieser Forderung steht aber vor allem eine freiere und weitere Fortbildung der Lehrer und eine noch Vertiefung der Schulstoffe voraus. Eine große Schwierigkeit liegt ferner in der unterrichtlichen und erzieherischen Behandlung der Jugend zwischen Volksschule und Militärdienst. Zu fordern ist die Volksschule bis zum 18. Lebensjahre. Endlich ist noch ins Auge zu fassen eine ganz freie, aber auch ganz umfassende Organisation des Volkserziehungsrechts der Erwachsenen, für die der Lehrerstand aller Kategorien

fürsten Max Josef und seiner 2. Gemahlin Karoline bekannt. In einer dritten großen Vitrine hat eine Anzahl wertvoller Gläser Platz gefunden, von denen besonders das „Schaperglas“ mit dem Porträt des Kurfürsten Karl Ludwig — ein Geschenk des Herrn Rates Mays — erwähnenswert ist. Bekannt sind die wunderbaren Siegburger und Kreuzener Krüge, von denen unsere Sammlung eine reiche Auswahl birgt. Außerordentlich fein sind zwei Kinderköpfechen in Frankenthaler Porzellan, während die Mosbacher Porzellan mehr den herb-aromatischen Charakter tragen. Von den auf verschiedenen Tellern in Mosbacher Porzellan angebrachten Sprüchen seien der Originalität halber einige hier wiedergegeben: 1) „Der Teller ist rund, die Wurst ist gesund“; 2) „Liebe mich allein, oder laß gar sein“; 3) „Halt' deine Frau halt' deine Leiden“; 4) „Dein unmutvolles Wesen, hob ich mir auslesen“; 5) „Mit dem Franz, geh ich zum Tanz“. Zwei kleine München tragen folgende Aufschriften: 1) „Hadersteh bin ich, wer zweifelt, koste mich“; 2) „Dein fester Mund, macht mich gesund“. Unter allerlei sonstigen Altersmünzen, die hier aufgestellt sind, finden wir die Werkzeuge und Ornamente, die Kurfürst Carl Theodor beim Schluß des Rheinbundes bei Germersheim gebrauchte und den silbernen Hammer und die Axt, mit denen Carl Theodor 1776 die Grundsteinlegung zum Karlsberg vollzog, ferner mehrere alte und neuere Juchheben.

Zu lichten Mittelraum des ersten Obergeschosses, dessen Wände mit Wandmalerei in Stuck und Gipsreliefs im Stile Louis XVI. und des Empire gesiegt sind, ist der größte Teil der Frankenthaler Porzellan in mehreren großen Vitrinen in brillanter Reihenfolge angeordnet. Jetzt erst kann man unsere prächtigen Schätze in vollen Umfang erkennen und ist über die enorme Reichhaltigkeit überrascht. Wir wollen in kurzen Stichworten die Hauptstücke aufzählen: Ein Kaffeeservice in Walltongeschmack, ein anderes mit chinesischen Figuren, ein drittes in holländischem Geschmack und endlich ein viertes mit Szenen aus den Türkenkriegen; vollständige Service mit entzückenden Blumenmustern und

figürlichen Darstellungen; ein Duzend Messer und Gabeln mit Vogelmedaillen auf dem Griff; Dosen und Medaillons mit verschiedenen tierlichen Mustern. Kostbare und köstliche Stücke befinden sich unter den figürlichen Gruppen. Das berühmteste ist der „Jäger aus Kurpfalz“, dem eine andere Jagdgruppe (das Aufbrechen eines Hirsches) gleichwertig an die Seite gestellt werden kann. Von Bildhauer Link besitzt unsere Sammlung die Gruppen „die 4 Elemente unter der heberischen Sonne“, „Reichthum und Ehre“, „das höhere Schachspiel“ und „das gemeine Schachspiel“. Alles in allem muß man sagen, daß gerade an Frankenthaler Porzellan unsere Sammlung einen großen Reichtum besitzt, bei dessen Betrachtung man, je mehr man sich hineinversteift, immer neue Schönheiten auffindet.

Im „Seidenkabinetzimmer“, das vollkommen in seiner alten Gestalt erhalten wurde, ist die früher des Mangelwerks wegen nicht geeignete Münzsammlung untergebracht, die sich in mehreren Schränken und Kästen statisch präsentiert. Sie besteht vornehmlich aus kurpfälzischen Medaillen, päpstlichen, babilischen und bairischen Münzen. Anerkennend hervorzuheben ist die geschickte Art der Einrahmung der Medaillen, die die Befestigung beider Seiten bequem gestattet. An den Wänden des „Seidenkabinetzimmers“ hängen Leinwandgemälde von Carl Theodor und seiner ersten Gemahlin Elisabeth Auguste im Anzugsdornat, von Friedrich V. und der Kurfürstin der Linien Wolf-Rudwig, Wolf-Sulzbach, Pfalz-Wirtensfeld. An der Wärmehöhle des ehemaligen Besitzers des Hauses Geh. Rat M. v. Hellwig hat die Großherzogin-Witwe Luise bei der Eröffnungsfest einen Vorbertrag mit weißer, schwarzumrandeter Schleife niedergelegt.

Das „Waffenzimmer“ mit Waffen vom Mittelalter bis zur Gegenwart, unter denen die Ausrüstungsgegenstände der ehemaligen Heidelberger Bürgerwehr von lokalhistorischem Interesse sind, bildet den Übergang zur prähistorischen Sammlung im städtischen Flügelsbau. Hier hat Prof. Dr. Karl Pfaff, dessen Name mit der Geschichtsbildung unserer Stadt innig verknüpft ist, in

chronologischer Reihenfolge die Ergebnisse seiner systematischen Ausgrabungen in und um Heidelberg, sowie gelegentliche Funde aus der jüngeren Steinzeit, der Bronze-, Eisen- und Ro-Eisenzeit, der römischen und frühgermanischen Zeit angeordnet, die uns Kunde geben von jenen längst vergangenen Geschichtsperioden unserer Vorfahren. (Wir haben über diesen Teil der Sammlungen in No. 439 des letzten Jahrganges unseres Blattes eingehend berichtet und verweisen auf das Gesagte.)

Im zweiten Obergeschosse befindet sich das „babische Zimmer“, das eine Festschule von Großherzog Karl Friedrich bis auf Friedrich II. darstellt. Im gleichen Zimmer rufen Bildnisse des Grafen Karl von Orlenberg und Albert Röss die Erinnerung an die Gründer und Förderer unserer Sammlungen wach. Dahinter liegt bescheiden das „Studentenzimmer“, das die weit über die Grenzen unserer Stadt hinaus bekannte Studentenerinnerung „Tante Betty“ in Sonderabdruck der Stadt geknüpft hat. Sie hat sich dadurch selbst ein schönes Denkmal gesetzt. Ueber und über füllen unzählige Selbstportraits, Photographien und Bilder die Wände bis zur Decke hinauf, worunter auch eine Photographie von Tante Betty nicht fehlt. Gar mancher Besucher wird unter den vielen Studenten, die hier vereint sind, einen oder auch mehrere Bekannte und Verwandte finden! In einem besonderen Nischen hat Tante Betty alle die Studenten, die bei ihr wohnten, vereinigt, die im heiligen Krieg fürs Vaterland 1870-71 gefallen sind und hat ein umföhrliches Band in den deutschen Farben darangeschlagen. Viele Heidelberger Originale sind gleichfalls hier im Bilde für unsere Nachfahren erhalten geblieben — so der „rote Schiffer“, die „Winkelnuben“, das „Blumenbännele“ und der S. C. Diener Adersmann. Dieses Nischen wird bei dem Hute Heidelberg als Studentenschatz für die Fremden sicher ein harter Anziehungspunkt sein. Das daranstoßende Zimmer ist dem Gedächtnis berühmter Professoren unserer Universität geweiht, deren Bilder hier vereinigt wurden. Hervorstechen sind davon Bruno Fischer, Dunken, ein Porträt Franz Anton Wöls von Tief-

in Anspruch zu nehmen ist. Der Volksschullehrer muß darum auch Schlichter, der gebildetste Mann des Volkes sein, dem Führerhande gleichgestellt. Das erfordert natürlich eine erhöhte Lehrerbildung, die auf den Grund eines freien umfassenden wissenschaftlichen Studiums gestellt, also an die Universtität angeknüpft werden muß. Neben der sozialen aber ist es die funktionelle Zerkleinerung der Nation, die uns Sorge machen muß. Hier sind gegen den Zustand vor hundert Jahren nur Rückschritte zu verzeichnen. Inwiefern muß doch die Sache der Freiheit liegen, dafür trägt die Kultur der Volksschule. Die erste Idee deutscher Volksschule hat einst den Protestantismus geboren und sie wird auch aus dem Katholizismus einen neuen, wenn auch anders gearteten Protestantismus geboren, und dann werden sich die alten und die neuen Protestanten als Kinder eines Geistes erkennen. Dann erst werden wir alle ein Vaterland haben. (Arauderer Beilage.)

Während des Vortrages lief eine größere Zahl von Begrüßungsgrammen ein, unter denen das von Herrn Obersten von Falk-Königsberg mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde. Nach einer halbständigen Pause sprach dann Reichsstaatsminister Herr Sommer-Burg über: Notwendigkeit und Wirkungskreis einer Reichsbehörde für Volksschule und Volksschule. Die Notwendigkeit einer Reichsbehörde ergibt sich aus der Vermittlung des Reichsverbandes. Deutschland ist ein nationaler und wirtschaftlicher Einheitsstaat. Als einseitiger Industriestaat wird seine Beteiligung am Weltmarkt immer größer. In dem hier entstehenden Wettbewerb entscheidet über schließlich die stärkere Individualität, darum muß das spezifisch Deutsche auch in unserm Erziehungsweien immer mehr zur Geltung kommen. Dazu bedürfen wir zuerst einer deutschen Pädagogik. Unsere Volksschulen und unsere Volkshilfen besitzen nicht die Bedeutung und die Einheitslichkeit, deren sie unbedingt bedürfen. Wir müssen unserer nationalen Einheit mehr denn bisher von Jugend auf inne werden. Darum muß der Ausbau unserer Schulen so gestaltet werden, daß sie von der Volkshilfe bis zur Hochschule ein geschlossenes organisches Ganzes darstellen. Im Interesse der Konzentration ist eine mit besonderen Funktionen ausgestattete Reichsbehörde notwendig. Einer solchen Reichsbehörde stehen keinerlei Verfassungsbedenken entgegen. Das Reich ist auch kompetent auf dem Gebiete der Schule. Doch ist die Frage ihrer Organisation sehr vorsichtig und besonnen zu behandeln. Viele fürchten eine „Bureaucratisierung“. Ihr wird begegnet, wenn man der Reichsbehörde keine Ausschließungsmittel zumeist, sondern nur die Aufgabe einer Vermittlungs- und Beobachtungsstelle. Um den Bureaucratismus zu vermeiden, beruht diese Behörde alljährlich freie Schulkonferenzen, denen nicht nur Schulleiter aller Grade, sondern auch Politiker, Vertreterinnen der Frauenbewegung, sowie Eltern jeder Religionsgemeinschaft angehören sollen. Ihre beobachtende Tätigkeit soll gleich aufmerksam auf das In- und Ausland gerichtet sein und dabei auch die Schule in unseren Schutzgebieten und die deutschen Auslandsschulen fördern. Endlich soll mit der Reichsbehörde noch ein Reichsschulmuseum verbunden werden, das in übersichtlich geordneten Sammlungen die Gesamtentwicklung und den gegenwärtigen Stand des in- und ausländischen Schulwesens veranschaulicht und dadurch die pädagogische Fortschritt befruchtet und belebt. (Beifall.)

In der Debatte wünscht zuerst Scheel-Homburg, daß der Charakter und die Wirkung einer Reichsbehörde nicht bestritten werde auf eine Vermittlungs-, Beobachtungs- und Beratungsstelle. Darüber hinaus drängt die Entwicklung zu einem Reichsschulgesetz mit strenger Einwirkung auf den Ausbau des Volksschulwesens und die Gründung eines Reichsschulrates. Endlich soll der Wirkungskreis dieser Reichsbehörde sich auf das gesamte deutsche Schulwesen erstrecken. Dies am 10. Juni findet, daß in den Vorträgen zu wenig das Normativstreben, das wir von der Reichsbehörde erwarten, zum Ausdruck kommt. Er wünscht, daß durch sie die Leistungen der Volksschule gefördert werden. Lehrer-Heilbrunn fürchtet, daß den Einzelstaaten ihre Rechte auf diesem Gebiete zu sehr beschnitten werden. Kopitz-Berlin (Mitgl. d. Reichstags) sagt: Diese Reichsbehörde wird bei einer rechten Mischung aller deutschen Stammesgemeinschaften, des Südens und des Nordens, das deutsche Volksschulwesen einheitlich fördern und dadurch helfen, den Fortschritt zu belegen. (Beifall.) Nach einem kurzen Schlusswort des Herrn Referenten werden folgende Zeitsätze angenommen:

1. Die Vorlesung des Prof. F. W. Mai im Mannheimer Schloß und Prof. Franz Käpfer. Auch das erste Universitätsfest und eine allegorische Holzskulptur auf das 40jährige Jubiläum der Ruperto Carola von Bildhauer J. W. Dörfert befindet sich hier.

Die vier nächsten Zimmer sind dem Heidelberger Schloß gewidmet und enthalten zahlreiche Bilder und Skulpturen von Schloß und den verschiedenen Zeiten, so u. a. das Gemälde „Schloß und Stadt Heidelberg“ von Herz-Deinde, eine Federzeichnung von Peter von Walperger (1763), die Originalzeichnung des Grafen Charles de Grainberg (sein Geschenk seiner Gattin), gezeichnet: Rue de Portal du Palais d'Orléans. Mehrere große Zeichnungen von Verhaer, der „Berles“ von Adrian v. d. Werff und der „Verles“ von Sadel. Skulpturen aus der alten Heiliggeistkirche sind in einem großen Glaskasten gelamert.

Das hinterste Zimmer, das „Zimmer der Heidelbergeria“ zeigt allerlei Bilder charakteristischer Gebäude Heidelbergs, die der Zeit zum Opfer gefallen sind. Wir nennen hier den „Wöschhof“, die „Berghelmer Mühle“ und die „Wöschmühle“. Die bekanntesten Bilder von der Schlacht bei Handshuhsheim (24. Sept. 1795) und von der Bestürmung der alten Brücke (16. Okt. 1799) sind natürlich auch vorhanden. In Ruhe und Ehr des Feuerwerkskommandanten Carl Neg (1818-1877) ist hier sein Bild von Guido Schmitt gemalt und seine Ehrengarde (Heim, Sprachrohr und Pfeil) erhalten. Erwähnenswert ist auch die Seitenkapelle aus Holz, die im Grundstein des 1792 erbauten und 1856 abgerissenen „Mannheimer Torres“ erhalten war.

Wir treten nun wieder auf den Platz, wo wir nach der Mittagspause interessanteren Mitteilungen und eine hübsche Sammlung von Miniaturen besichtigen und folgen dabei ins Erdgeschoss, um dem „Lapidarium“ einen kurzen Besuch abzustatten. Es enthält eine Anzahl alter Grabsteine, die vorzüglich die Geschichte des von dem kürzlich verstorbenen Prof. Ulrich Dietrich beschriebenen Wöschmühlens, das zu Anfang des 19. Jahrhunderts an der Mannheimer Landstraße gefunden wurde, und vielerlei Lebersteine aus der Römerzeit. Nachdem wir von Hofe aus nach einem Blick in den von hohen ematigen Bäumen beschatteten Garten und auf den von andern Redatoren herüber grüßenden Heiligenberg geworfen haben, sind wir mit unserem Rundgang zu Ende.

(Die Sammlungen sind täglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet. Der Eintrittspreis beträgt pro Person 50 Pfg., in größerer Gesellschaft 35 resp. 25 Pfg.)

1. Das Deutsche Reich ist als nationaler und wirtschaftlicher Einheitsstaat in hervorragender und stetig wachsender Weise an der Weltwirtschaft beteiligt. Die Wahrung, Sicherung und Förderung dieser bevorzugten Stellung läßt eine gleichmäßigere Regelung und innere organische Verbindung des gesamten Bildungsweiens dringend notwendig erscheinen. Als nächste Maßnahme hierfür ist die Errichtung einer Reichsschulbehörde für Volksschule und Volkshilfen zu fördern.

2. a) Als Vermittlungsstelle zwischen den einzelnen Bundesstaaten soll das Reichsschulamt einen möglichst gleichmäßigen Stand der Volksschule anstreben. Das soll geschehen durch Vereinheitlichung der Bestimmungen über Schulpflicht, Schulorganisation und Schutrecht für das Volk- und Fortbildungsschulwesen sowie über die Bildung der Lehrer und deren amtliche und staatsbürgerliche Stellung. b) Als Beobachtungs- und Beratungsstelle soll das Reichsschulamt die Zentrale für schulpädagogische Untersuchungen bilden; es soll die Erfahrungen des Auslandes für die heimischen Verhältnisse nutzbar machen; es soll die deutschen Schulen im Auslande und in den Schutzgebieten fördern und endlich die wissenschaftlich-pädagogische Arbeit und Fortschritt durch die Errichtung eines Reichsschulmuseums beleben.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß an den Verhandlungen Vertreter der englischen, schwedischen, dänischen, belgischen, schweizer und deutsch-österreichischen Lehrerschaft teilnahmen. Außerdem gingen Grüße ein von französischen, norwegischen und holländischen Lehrern.

9. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für die Schulgesundheitspflege.

Der Deutsche Verein für Schulgesundheitspflege hält gegenwärtig hier seine äußerst zahlreich besuchte 9. Jahresversammlung ab. In der letzten Sitzung sprach Herr Dr. Wehrmann, Direktor der städtischen höheren Mädchenschule und der Lehrerinnen-Bildungsanstalten in Krefeld, über:

„Die Hygiene der höheren Mädchenschulen, einschließlich der Privaten“.

Medizinische Referenten zu dem Thema waren Dr. med. Alice Proke, Anstaltsärztin am Kgl. Lehrerinnen-Seminar zu Berlin-Charlottenburg und Sanitätsrat Professor Dr. F. W. Schmidt-Wonn.

Dr. Wehrmann stellte folgende Zeitsätze auf: Die Mädchenschulen sind in allem, was zur Förderung der Gesundheitspflege gehört, wenigstens so gut und sorgfältig einrichtet wie die Knabenschulen. Dies gilt ebenfalls für die Anstellung völlig geeigneter Lehrkräfte wie für die Beschaffung angemessener Schulräume, Hofe, Turnplätze und Spielplätze und die Einrichtung der Klassenräume mit gesundheitlich einwandfreien Siben. Der Unterricht muß wenigstens durchaus in den großen Städten, für die wissenschaftlichen Lehrfächer auf den Vormittag beschränkt bleiben. Er darf im Sommer frühestens um 8 Uhr, im Winter frühestens um halb 9 Uhr beginnen und ist durch Pausen von durchschnittlich 15 Minuten zu unterbrechen. Die Dauer der Einzelstunden für die unteren und mittleren Klassen darf nicht über 45 Minuten ausgedehnt werden, und aus Rücksicht auf die Einheitslichkeit des Unterrichtes ist daher die Lehrstunde auch für die Oberklassen auf 45 Minuten festzusetzen. Im Mittelpunkt des Unterrichtes ließe das Deutsche. Der Beginn des Französischen Unterrichtes am wenigstens ein Jahr hinausgeschoben. Mathematik und Naturwissenschaften sind zu verdrängen, was auch unbedingt geschehen kann, wenn durch den Mangel der Nabelarbeiten und Beschränkung anderer Fächer in der Stundenzahl der nötige Ausgleich geschaffen wird. Der Unterricht werde häufiger auch außerhalb der Klasse betrieben. Dies gilt besonders vom Zeichnen und von den Naturwissenschaften. Unter den Turn-, geographischen und botanischen Ausflügen mögen besonders Veruche in industriellen Anlagen, im Gas- und Elektrizitätswerke der Stadt, in Museen und Sammlungen unternommen werden. Biologische Experimente werde am lebenden Objekt — im Schulgarten in Aquarien, Terrarien und anderen Sammlungen lebender Tiere, die die Schule selbst bezogen. Im Turnen werden deutsche und schwedische Art nebeneinander getrieben. Im Sommer treibe bei günstigen Wetter das Spiel im Freien an die Stelle des Turnens in der Halle. Sexuelle Belehrungen finden auf direktem Wege zunächst und gewöhnlich in der Schule nicht statt, werden aber durch das im naturwissenschaftlichen Unterricht erreichte anatomische und biologische Verständnis zum größten Teil ersetzt. Die gesundheitliche Fürsorge für die Schulkinder im allgemeinen liegt am besten in der Hand eines Schularztes; es ist aber zu fordern, daß Leitende wie Lehrkräfte der höheren Mädchenschulen auf diesem Gebiete gut ausgebildet sind. So soll die Rotenkrankheit erkannt werden und den Mädchen vorläufig jeden gangbaren Weg auch zum Universitätsstudium zu eröffnen, um aus den so zusammengehörigen Erfahrungen später den besten dieser Wege zu erkennen, so ist doch die Gründung halber Gymnasien für sie aus gesundheitlichen Gründen bedenklich. Die Ausschließung für Lehrerinnenbildungsanhalten muß auf vier Jahre verlagert werden, um der tatsächlich vorhandenen Lehrerbildung abzuhelfen und durch Vermehrung der arbeitsfreien Tage und Halbstage und der körperlichen Übungen die Gesundheitsverhältnisse zu verbessern. In den Lehrplänen gebührt auch der Unterricht in der Volkshilfslehre, und hier sind auch jegliche Ausflüge angeordnet, wenn dafür durch das geeignete Personal, Lehrkräfte, Vergütungen und Lehrerinnen — vorhanden sind.

Prof. Dr. med. F. W. Schmidt-Wonn vertrat folgende Zeitsätze: 1. Die hygienischen Einrichtungen an unseren höheren Mädchenschulen sind vielfach noch rückständig. Der Grund liegt darin, daß mehr als zwei Drittel dieser Schulen Privatanstalten sind und auf den Erwerb angewiesen sind. 2. Die Unterstellung auch der privaten höheren Mädchenschulen unter die städtischen Schulverwaltungen ist anzustreben. 3. In denjenigen Städten, in welchen Schulärztlicher Dienst besteht, ist dieser auch auf die höheren Mädchenschulen auszudehnen. 4. Private Mädchenschulen, sofern sie keine Halb-Internats sind, sondern große Schulklassen bilden, sollen allmählich in öffentliche Schulen umgewandelt werden. 5. Solange dies nicht erreicht ist, erscheint es als Pflicht der Gemeinden, die privaten Mädchenschulen zu unterstützen, wenn diese auch sich nicht in der Lage sind, ihre sanitätlichen Einrichtungen befriedigend zu gestalten. 6. Die hygienische Erziehung an den höheren Mädchenschulen bedarf genügender Einrichtungen und geregelter Ueberwachung. 7. Zu fordern sind hier als Mindestmaß: a) Vier halbe Turnstunden in der Woche. Bei diesen sind die Übungen zur Kräftigung der Rumpfmuskulatur, verbunden mit Übungen des Taktmaßes besonders in Betracht zu ziehen. b) Täglich 5-10 Minuten Perlempfe, welche sich insbesondere gute Körperhaltung zum Ziele nehmen. c) Einmal wöchentlich ein für alle Mädchen verbindliches arbeitsfreier Spieltagmittags.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 10. Juni 1908.

Der Großherzog als Automobilfahrer. Während der verblühenden Großherzog nur einmal in seinem Leben und zwar in seinem letzten Lebensjahre von St. Gallen nach Weidstatt eine Automobilfahrt unternommen hat, ist sein Sohn, unser jetziger Großherzog, dem Beispiele des Vaters und des Prinzen Heinrich folgend, unter die Automobilfahrer gegangen. Die erste Fahrt mit seinem kürzlich von der Firma Benz erworbenen Automobil führte der Großherzog in letzter Woche von Bruchsal nach Karlsruhe aus, nachdem er das Dragoner-Regiment besichtigt hatte. Prinz Max, der schon seit längerer Zeit ein aktiver Automobilfahrer ist, hat als Brigadeführer der Besichtigung angeordnet und zur Ein- und Ausfahrt sein Automobil benützt.

Ernaunt wurde Betriebssekretär Ludwig Köpper in Steinbach zum Stationsbeamten.

In den Ruhestand versetzt wurde Registrarsassistent Adolf Henninger beim Landgericht Offenburg.

Eine Verfahrungs-Schulfahrt mit der Heißdampfmaschine soll am 18. ds. Mts. auf der Strecke Karlsruhe-Offenburg der Schwarzwaldbahn stattfinden. Es geschieht dies mit Rücksicht auf die 52. Sitzung des Kolonial-Ausschusses der preussisch-sächsischen Staatsbahngemeinschaft, deren Beratungen diesmal in Freiburg und zwar am 17. und 18. ds. Mts. stattfinden. Bei der Verfahrungs-Schulfahrt kommt eine 3/8 gehupelte Heißdampf-Verfahrungs-Schulzugsmaschine zur Verwendung.

Domkapitular Dr. Sigmund Josef Zimmern, der bei dem letzten Auszug der Kämpfer nach Speyer zur Begrüßung anwesend war und dann bei der Besichtigung des Domes die Führung übernahm, feiert morgen seinen 70. Geburtstag. Dr. Zimmern wurde am 11. Juni 1838 zu Konstantz geboren. Die Priesterweihe empfing er am 24. August 1862. Am 10. Dezember 1863 erhielt er seine Ernennung zum Professor der Religionslehre, Geschichte und hebräischen Sprache am Gymnasium zu Speyer und am 1. Nov. 1865 seine Berufung als Professor der Homiletik und kirchlichen Kunstgeschichte am Speyerer Priesterseminar. Zum Domkapitular ernannt wurde er am 21. Januar 1866, vom Domkapitel als Domkapitular gewählt am 13. Januar 1891 und kanonisch inkorporiert am 15. Februar 1891. Sein Leben als Priester hat er demnach fast in Speyer verbracht. Herr Dr. Zimmern hat sich auch in der Schriftstellerei einen Namen gemacht; von 1900 — 1904 gehörte er der bayerischen Abgeordnetenkammer als Mitglied an.

Für die Internationale Gartenbauausstellung im April 1909 in Berlin hat der Verein zur Förderung des Gartenbaues in den preussischen Staaten ein Preisausführer für den besten Plan zum Gesamtaufbau erlassen. Es waren 6 Entwürfe eingegangen, die zum Teil durch perspektivische Ansichten und Skizzen vorzüglich erläutert waren. Das Preisgericht sprach den ersten Preis von 500 Mark dem Entwurf „Rustalt“ zu, als dessen Verfasser zur Uebernahme des Kolonialgärtnerzweiges der Kgl. Gärtnerei in Dalkem, die Herren Gierth und Hille vorgezogen. Der zweite Preis von 300 M. entfiel auf den Entwurf mit dem Namen „Abilleon“, der Herrn Kgl. Obergärtner Potente in Hildesheim-Bonsdorf zum Verfasser hatte. Dem dritten Entwurf „Dortus“ wurde der letzte Preis von 200 M. zuerkannt. Seine Verfasser ist Herr August Schellenderg Berlin. Weitere Auskunft über die Internationale Gartenbauausstellung erteilt das Generalsekretariat Berlin, Invalidenstr. 42.

Spielearten. In dem Reichsrechnungsjahr 1907 wurden an in Baden hergestellten Spielarten in den Verkehr gebracht und bezogen 4831 Spiele von 36 oder weniger Würfeln (gegen 4279 im Vorjahre) und 108 Spiele von mehr als 36 Würfeln (gegen 332 im Vorjahre). Vom Ausland wurden eingeführt und im Großherzogtum veräußert 1155 Spiele von 36 oder weniger Würfeln (gegen 1194 im Vorjahre) und 70 Spiele von mehr als 36 Würfeln (gegen 100 im Vorjahre).

Verstöße. Seit 2. Mai ist der technische Gehilfe der Brandversicherungsinspektion in Ludwigshafen, Johann Jaffer, geb. 11. Februar 1879 zu Stadtkopf, ohne Angabe eines Grundes aus seiner Stellung und seinem Logis dort verschwunden und hat bis jetzt nichts mehr von sich hören lassen. Seine familiären Verhältnisse hat Jaffer in seinem Logis in Ludwigshafen zurückgelassen. Es besteht die Vermutung, daß er sich ein Leid angehen hat. Der Vermisste ist 1,66 Meter groß, blond mit rötlichen Schattungen, von magerer Gestalt, trägt Blau und trägt ein gelbes Hemd mit weißer Kragen. Im Besondere ist die Polizei in Ermittlungssache wird gebeten.

Aus dem Großherzogtum.

Im Singen am Bodensee, 9. Juni. Die schon längt gemeldet, ereignete sich heute mittag im heiligen Röhren schon wieder ein Eisenbahnunfall, indem der um 1/2 Uhr folgende Güterzug aus Konstanz bei der Einfahrt in den Bahnhof einhüllte. Beide Lokomotivführer, Führer Weigmann und Führer Wagner, waren sofort tot. Beide Beamten waren in Wägen stationiert und fanden im letzten Meter von 34 und 26 Jahren; der Führer hinterließ eine Witwe mit 4 unehelichen Kindern. Neben dem Schaden am Wägen ist ziemlich erheblicher Schaden an Wägenmaterial zu verzeichnen; an 10 Wägen sind, zum Teil gänzlich zerstört. Die Unfallursache hat bei der Vorüberfahrt ihres Vertriebs erloschen um 3 Uhr einen grünen erregenden Wind; der weitere Teil der Lokomotive schlief über dem Wägen auf eingegraben, in ihr noch eingeklemmt hängend der tote Fahrer, dahinter auf den gänzlich zerstörtem Schienen ein Chaos von Wägenmaterial. Der Zugführer konnte sich auf wunderbare Weise retten, indem er durch Einschlagen eines Fensters aus dem umgestürzten Wägen heraussprang. Seine Herden erlaubten ihm, mit dem unversehrten Rest des Zugwagens nach nicht zu großer Pause weiterzufahren und seinen Dienst bis in die frühe Nacht fortzusetzen. Der gesamte Verkehr konnte mehrere Stunden, konnte aber gegen Abend wieder voll durchgeföhrt werden, da es sich in der Hauptache um Wägenmaterial handelte. Ueber die Ursache der Unglücksfälle ist bis völlig zuverlässiges noch nicht festzustellen; doch scheint einen überlebenden Beamten sein Verschulden zu treffen. Hinsichtlich mehrerer Punkte ist die Angabe, daß der Führer augenblicklich mit kaltem Wägen hatte; der Zug war mit etwa 100 Wagen ziemlich schwer, die nächsten Wägen unter der Lokomotive waren unbeladen, daher auch ihre völlige Vernichtung. Die Wägen waren mehrfach rotgrün; den richtigen Moment zum Umpferen, das sie aneinander vorbeiföhren hatten, scheinen sie infolge allzu großer Eile nicht zu bemerken. Die Wägen von Schaden verurteilt zu haben. Ein gewisses Verschulden muß aber auf jeden Fall den wägen Verhältnissen zugewiesen werden, die überhaupt auf diesen Unfall beruhten. Bei der ersten, beschriebenen Aufgabe des Wägenhofes, bei dem ersten Verstoß an Personen und Gütern, von vier zusammenstößenden Wägen, nach erfolgter durch die verspäteten Reformen, muß man sich nicht wundern, daß an dieser Stelle nicht noch mehr Unglück passiert. Der Fahrer des Wägenhofes kann oft genug beobachten, welche Schwierigkeiten es auch dem gewandtesten und verträglichsten Beamten bereitet, einen Zug in den Wägenhof hineinzuföhren, wenn bald sein Weiter Gehen mehr ist. Nur der ganz außerordentlichen Fähigkeit aller das unglücklichen Beamten ist es zu verdanken, wenn die Wägenhofe nicht noch nicht ihren Geschäften unterliegen mußte. Goffen wir darum, daß dieser schwere Unfall nicht auch in Karlsruhe

Einblick machen und für baldige gründliche Erweiterung der ungenügenden Anlagen sorgen wird. Wie man an dieser Gerichtsstelle über bezügliche Vorgänge denkt, kann man daraus ersehen, daß hinsichtlich ein Rechtsanwalt, der am selben Wahntage einen Unfall mit über 2000 Schaden verschuldet hatte, mit 15 Mark Geldstrafe davonkam; auch der Staatsanwalt hatte nicht mehr beantragt. — Unangenehm fiel die Haltung eines Teiles des Publikums auf: ein Sportverein ließ sich in ausgelassener Stimmung nicht hören, während die Wehrwehr, die auf dem Wahntage sich ankommen lassen wollten eine dem Ernst der Sache angemessene Haltung bewachte. Natürlich gibt es auch hier Damen der Gesellschaft, welche ihre Emanzipation durch persönliche Besichtigung solcher strafbarer Ereignisse beweisen zu müssen glauben.

Sport.

* Trainer H. Brown sen. ist am Pfingstsonntag in Lichterfelde bei Berlin an Arterienverfaltung gestorben. H. Brown, von Geburt Engländer, war früher einer der angesehensten Trainer im deutschen Rennbetriebe gewesen. Bereits Ende der sechziger Jahre arbeitete er die Pferde des Grafen Goltstein und stand dann, nachdem er eine Zeit lang öffentlicher Trainer gewesen war, dem umfangreichen Stalle von O. Dehlschlager vor. Später übernahm er das große Lot des Fürsten Hohenlohe-Dehringen mit gleichfalls bestem Erfolge und zog sich dann vor mehreren Jahren ins Privatleben zurück.

* Vom Wiener Derby. Der Totalisator zählte für den Sieg von Antiquant 143:10 für die Nischenüberfraktion. Fürst Lubomirski gewinnt über das Derby 800000 Kronen. Der Gesamtumsatz am Totalisator betrug am Derbytag 631980 Kronen. Im Derby allein wurden 102445 Kronen auf Sieg und 37000 Kronen auf Platz gesetzt. Die Gesamtquote für Vorzug betrug 28:10.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Im Kaiser-Jubiläumsvanderverschieben in Wien (Ende Juni) haben die Könige von England, Württemberg und Rumänien, der Herzog von Sachsen-Meiningen und der Fürst von Bulgarien kostbare Ehrengaben gesendet. Von deutschen Städten werden Berlin, München und Hannover durch Abordnungen vertreten sein. Bei dem Bundesfesten werden Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark und Italien in Konkurrenz treten.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Neustadt a. S., 6. Juni. Seit dem Ueberfall, der am Himmelfahrtstag in der Reichsversammlung stattfand, ist die Neustädter weibliche Welt völlig von der Angst gepackt worden. Spricht ein Handwerksbursche auf der Landstraße oder gar auf einem Feldwege eine Frau oder ein Mädchen an, sei es, um nach dem Weg zu fragen, sei es um eine Unterstüßung zu erhalten, gleich ruft das weibliche Wesen um Hilfe, springt davon und erzählt dann in der Stadt von einem Sittlichkeitsdelikt, das auf sie verübt worden sei. So sind in den letzten Tagen hier Anzeigen bei der Polizei erhoben worden, in deren Verfolgung es sich herausstellte, daß die jungen Damen nur durch ein harmloses Scherzwort eines vorübergehenden Mannes schon zu der Annahme verleitet wurden, es sei ein Verbrechen beabsichtigt worden. Das Tollste aber ist heute passiert: ein 14jähriges Mädchen (1) hat ein schmerzliches Sittlichkeitsverbrechen, das gegen sie verübt worden sein sollte, frei erfunden. Die Kleine, die im Schneiderischen Warenhaus als Ladenmädchen beschäftigt war, hat ganz genau den Mann beschrieben, der sie verewaltigt haben sollte und als die Polizei nun ernstlich hinter die Sache ging und der Bezirksarzt eine Untersuchung vornahm, stellte es sich heraus, daß die „Unschuld“ bereits im dritten Monat sich Mutter fühlt, und zwar von einem verheirateten Mann.

n. Binnweiler, 10. Juni. Die 16jährige Dienstmagd Elise Schneider wurde gestern auf dem Felde von einem unbekanntem Mann gebunden, gefesselt und ihr die Haare abgeschnitten. Ob ein Sittlichkeitsdelikt vorliegt, ist noch nicht festgestellt.

Handau, 2. Juni. Eine für Wirte sehr beachtliche Entscheidung fällt die hiesige Strafkammer. Im Februar d. J. verurteilte Weinkontrolleur Weiger die Wirtschaften zu Godtmanstein und beantragte bei Paulshöhe Müller, Wirt „zum Adler“, etwa 1500 Liter Wein als stark gewässert. Der Kontrolleur behauptete, daß Müller wohl die umfangreichste Wirtschaft im Ort habe, dabei aber den schlechtesten Wein verkaufe, namentlich werde über schlechten Wein bei Langensiefel gefügt. Der Vater Weiger schenkte dem Spitznamen „Troisvierter“. Die Sachverständigen beantragten gegen Weiger eine Verurteilung, wogegen der Wein „ablenkungs“ noch die Analyse hielt. Die Strafkammer ging weit über den Antrag des Staatsanwalts auf 200 M. Geldstrafe hinaus und verurteilte Weiger zu 14 Tagen Gefängnis, 500 M. Geldstrafe und Entziehung des Weines.

Kaiserslautern, 9. Juni. Der in der Falkenstein Nordstraße verhaftete Fabrikarbeiter Andreas Schlicher war schon vor dem Urtheil bei der Bürgerwehr geflüchtet, weil er seine eigene Familie schon mit Falschschneidem bedroht und dahingehende Äußerungen des Hofes gemacht haben soll. Aus Furcht vor ihm wagte jedoch die Rothbarkeits nicht, dem Verdacht gegen ihn Ausdruck zu geben. Schlicher, der verheiratet und Vater mehrerer Kinder ist, fand bis vergangenen Freitag bei dem Gemeindefiskus Werk in Arbeit. Vom Freitag ab blieb er dann plötzlich unter dem Vorwande, er sei krank, zu Hause, wo er jedoch erkrankt arbeitete. Einmal Tages sah man ihn seine Kleider wechseln. Da dies nach der Moralität war, erregte es natürlich Verdacht gegen ihn. Man machte die Polizei aufmerksam, die Hausdurchsuchung bei ihm hielt und an den gewaschenen Kleidern Wappspuren entdeckte. Schlicher wurde daraufhin verhaftet. Als er an der Seite des Politischen durch Binnweiler geführt wurde, trug er ein völlig gleichgültiges, quätschendes Wesen zur Schau. Der 1. Staatsanwalt erläßt ein Ausdauern, monach er erücht, trotz der gegen Schlicher vorliegenden Verdachtsmomente die zu stehenden Erhebungen mit aller Energie fortzusetzen. Nicht ausgeschlossen sei auch, daß an dem Wapde mehrere Personen beteiligt seien. Wie es heißt, hängt sich der Verdacht gegen Schlicher vor allem darauf, daß dieser sich um die fragliche Stunde, in der der Wapde vorgekommen sein muß, ermittelnehmend unter sehr verdächtigen Umständen in dem betreffenden Wapde herumtrieb. Nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung liegt unabweislich Kaufmann vor.

Geschäftliches.

* Rabelsige Hausfrauen! Alltäglich sind die kleinen Unfälle, die sich Hausfrauen zuziehen. Risse und Stiche gehören zu ihrer Ausstattung etc. Natürlich zählen auch Blutvergiftungen nach zu den seltenen Erscheinungen. Um sich ein für alle Mal gegen solche Eventualitäten zu schützen, wird ärztlicherseits empfohlen, stets die bekannte „Zucker's Patent-Medizinale-Seife“ im Hause mit „Zucker's Creme“ im Hause zu halten. Kraft ihres hohen Gehaltes an Blümen und Wäolergewächsen verleiht sie der Haut einen angenehmen Duft und bewahrt sie vor Verunreinigungen, die durch die Luft kommen, die Hände und verleiht der Haut aller

Frauen und Mädchen, die viel in der Küche hantieren, die Weichheit, Wärme und Frische, ohne die eine gesunde Haut und ein schöner lieblicher Teint nicht denkbar ist. Weide sind durch alle Apotheken, Drogerien, Parfümerien etc. zu beziehen, wo nicht, wende man sich direkt an die Fabrikanten L. Zucker u. Co., Berlin.

Von Tag zu Tag.

— Zum Bahnunglück auf der Bregenzwaldbahn. Norisoch, 10. Juni. Die beim Unglück auf der Bregenzwaldbahn Verwundeten stammen aus Lindau u. St. Gallen. Die Verlegung der Verwundeten zur Nachtzeit war sehr schwierig; ihr Befinden ist den Verhältnissen nach befriedigend.

— Rabiater Messerheld. St. Gallen, 10. Juni. In St. Fiden wurden in einer italienischen Familie, Vater, Sohn und Tochter von einem Rabiatermann mit Messerstichen teilweise schwer verletzt. Alle drei Verletzten wurden nach dem Kantonshospital gebracht werden. Der Täter ist flüchtig.

— Ermordung eines österreichischen Arztes in Neuchâtel. London, 10. Juni. Der österreichische Arzt Dr. Martin Kupis wurde Sonntag nachts von einer jungen Russin, Sarah Kotes, die er verführt hatte, erschossen.

— Tod durch einen Muskelstärker. Paris, 10. Juni. Als der Direktor des Langham-Hotels, Rue Boccador 23, am Montag Abend in seinem Zimmer gymnastische Uebungen in einem Muskelstärker machte, glitt er aus, wobei er mit dem Kopf in einer Schnur des Apparates hängen blieb und erdrückt wurde.

— Aus der Gelehrtenwelt. Paris, 10. Juni. Der Geschichtsforscher Gaston Boissier ist, lt. „Frk. Blg.“, heute früh gestorben.

— Im Mädchenpensionat verbrannt. Wiesbaden, 10. Juni. Wie das „Wiesbadener Tagblatt“ berichtet, ist die noch nicht 19jährige Marie Frings aus Düsselborn, Tochter eines verstorbenen Bauarbeiters, welche sich hier in Wiesbaden in einem Mädchenpensionate befand, dadurch verunglückt, daß beim Anzünden eines Lichtes oder beim Verfeuern eines Briefes ihr Mullkleid in Brand geriet. Das junge Mädchen zog sich dabei so schwere Brandwunden zu, daß es im hiesigen Krankenhaus bald darauf gestorben ist.

Ein Unfall der Kaiserin.

* Neues Palais, 10. Juni. (2.30 Uhr nachm.) Die Kaiserin zog sich heute durch Sturz mit dem Pferde einen Bluterguß auf dem rechten Handrücken zu. Auserweitigte Verletzungen, speziell des Knochens, liegen nicht vor. Die Kaiserin blieb nach dem Sturz bei vollem Bewußtsein.

Ueber den bedauerenswerten Unfall der Kaiserin, der zum Glück keine ernsten Folgen hatte, wird noch folgendes ärztliches Bulletin durch das Wolff. Teleg. Bureau verbreitet:

Die Kaiserin hat sich heute morgen durch Sturz mit dem Pferde, wie von Oberstabsarzt Dr. Wiemuth und Professor Dr. Wolff sofort festgestellt werden konnte, einen Bluterguß auf der rechten Hand zugezogen; andere Verletzungen, namentlich Knochenbrüche liegen nicht vor, Ihre Majestät blieb bei vollem Bewußtsein.

Dr. Junker.

Die Prinz Heinrich-Fahrt.

Die Teilnehmer an der Prinz Heinrich-Fahrt setzten, wie uns ein Telegramm aus Stettin meldet, heute früh um 5 Uhr von dort die Fahrt nach Kiel fort. Nach einem leichten Regen zeigte das Wetter zur Aufklärung.

In Waren (Meckl.) durchfuhr das erste Automobil um 7 Uhr 29 Minuten die Stadt. Bis 7 Uhr 40 Min. passierten 14 Wagen.

In Penzlin ist der erste Wagen um 6.55 Uhr, der letzte um 9.02 Uhr eingetroffen, in Waren (Meckl.) der erste um 7.29 Uhr, der letzte um 9.32 Uhr.

Von Waren werden Pneumatikdefekte und Krenbräu gemeldet.

Goldberg (Meckl.) durchfuhr den ersten sechs Wagen um 8.28 Uhr, der letzte um 11 Uhr.

Im ganzen passierten 133 Wagen Goldberg einschließlich des Presswagens und des Wagens der Oberleitung. Unfälle sind aus der Gegend von Goldberg nicht zu verzeichnen gewesen.

In Schwerin (Meckl.) langten die ersten 3 Wagen auf Paulshöhe unter stürmendem Regen an und fuhrten um 9.25 Uhr in Scharwerin ein. Auf Paulshöhe findet eine Frühstückspause statt. Die Fahrer hatten zuletzt unter hartem Regen zu leiden und klagten teilweise über schlechte Strophen in Weddensburg.

Bis 10.30 Uhr sind 42 Wagen in Scharwerin angekommen, die von Paulshöhe aus am Schlosse vorüberfahren, wo auf dem Balkon der Großherzog und die Großherzogin zuschauen. Bis 11.30 Uhr sind 75 Wagen eingetroffen. Soweit zu übersehen ist, kamen keine Defekte vor.

Die Abfahrt wird von 12 Uhr ab bis 2 Uhr erfolgen, in der Reihenfolge, wie die Wagen angekommen sind, durch die Stadt über Gadebusch nach Kiel.

* * *

Weitere Meldungen lauten:

* Schwerin, 10. Juni. Zwischen 11½ und 12 Uhr traf der letzte Wagen No. 110 ein. Nachdem die Insassen gefrühstückt und Benzin nachgefüllt hatten, das nur ungenügend vorhanden war, wurde die Fahrt Scharwerin-Blankow nach Gadebusch fortgesetzt. Unfälle sind nicht vorgekommen. Der Großherzog sah der Fahrt eine Weile zu.

Am Ziel der ersten Etappe.

* Stettin, 9. Juni. Die erste Etappe der Prinz Heinrich-Fahrt wurde heute bei anfangs kühlem aber klarem Wetter durchgeführt. Später wurde es etwas wärmer, aber auch heftiger. Die seltenen kalten Regenschüßchen wurden als Labial gerne hingenommen. Die Landstraßen, die an den Fahrern auf dem großen Umwege über den Spreewald und Rührin hinaus, waren nicht gerade reizvoll, aber die schöngeordneten Strophen waren wie geschaffen, um den Rotoren freien Lauf zu lassen. Dennoch wurde

meist nur ein Tempo von höchstens 40 Kilometern gefahren, weil es nicht erlaubt war, den an der Spitze fahrenden Oberleitungs- wagen zu passieren. Auf diese Weise kamen die stärksten Wagen gar nicht vom Fleck, und stellenweise wurde im Tempo einer Automobilbrücke gefahren. Es war eine richtige Spazierfahrt. Unfälle haben sich nicht ereignet.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Darmstadt, 10. Juni. Der Deutsche Verein für Schulgesundheitspflege hat in seiner heutigen Sitzung als Ort seiner nächstjährigen Hauptversammlung Dessau bestimmt.

* Potsdam, 10. Juni. Die Kronprinzessin hat die Reise nach Dels aufgegeben.

* Wien, 10. Juni. Im Abgeordnetenhaus beantwortete Handelsminister Fiedler sozialdemokratische und christlich-soziale Interpellationen wegen der Gelluloidexplosion in der Fabrik von Gebr. Seiler. Er erklärte, die Regierung werde eine strenge Untersuchung einleiten und für die Hinterbliebenen sorgen.

* Paris, 10. Juni. Der internationale Bergarbeiterkongress nahm in seiner heutigen Sitzung einstimmig die von den französischen und deutschen Delegierten eingebrachten Anträge an, durch welche den Bergarbeitern ein bestimmtes Mindesteinkommen gesichert werden soll. Weiter wurde über die Reglementierung der Kohlenproduktion verhandelt.

Ueberwachung elektrischer Anlagen.

* Stuttgart, 9. Juni. Der Württembergische elektrotechnische Verein erludt in einer Eingabe die Regierung, der Ausdehnung des preussischen Entwurfs einer Polizeiverordnung über die Ueberwachung elektrischer Starkstromanlagen auf das Reichsgebiet die Zustimmung zu verlangen, da der Entwurf eine höhere Vereinfachung der Elektrotechnik bedeute. Der Verein bittet um die Anstellung eines staatlichen Elektrotechnikers zur Ueberwachung elektrischer Anlagen.

Mahnahmen gegen die Maul- und Klauenseuche in den Schlachthöfen München und Nürnberg.

München, 10. Juni. In der Abgeordneten-Kammer kam heute die Interpellation Weinbock zur Verhandlung betreffend Mahnahmen zur Vermeidung der durch die Schweineausfuhr aus Norddeutschland verursachten Ausbrüche der Maul- und Klauenseuche an den Schlachthöfen in München und Nürnberg. In der Begründung werden für Schweine aus Norddeutschland die gleichen Mahnahmen verlangt wie für österreichisches Vieh bestehen. Minister von Bretschneider erklärte, es sei gesetzlich unmöglich, die norddeutschen Schweine denselben Bestimmungen wie österreichisches Vieh zu unterwerfen; man werde dafür sorgen, daß die norddeutschen Schweine in gesonderten Stellungen untergebracht werden.

Erziehung eines Reichsschiffsamts.

* Berlin, 10. Juni. Zu verschiedenen Mählern verlautete, daß das Reichsmarineamt ein Reichs-Schiffamt zu schaffen beabsichtige. An zuständiger Stelle ist jedoch der „Frk. Blg.“ zufolge davon nichts bekannt. Tatsächlich könnte eine solche Reichsstelle für die Interessen der deutschen Handelsmarine in ihrer Ausführung nicht vom Reichsmarineamt, sondern vom Reichsamte des Innern geschaffen werden. Dort hat man sich vor einigen Jahren mit einem solchen Plane beschäftigt, hat aber davon Abstand genommen. Es ist nicht anzunehmen, daß der Nachfolger des damaligen Staatssekretärs darin einen anderen Standpunkt einnehmen wird als sein Vorgänger.

Das Kaufschreiben des Verbandes bayerischer Metallindustrie.

* Leipzig, 10. Juni. Der Verband deutscher Handlungsgesellschaften zu Leipzig nimmt zu der Angelegenheit in folgendem Schreiben an die Presse Stellung: „Wir beglückwünschen vorläufig, daß dieser Standpunkt bei den deutschen Kaufleuten und den deutschen Industriellen allgemein Anklang findet, und wogegen die Zunahme heimischer Konkurrenzklagen sehr zu wünschen ist, so gibt es noch eine große, ja überwiegende Menge von Prinzipalen, die in den Schritten ihre Mitarbeiter stellt, und die ihnen die Erfüllung der Wünsche gönnt, die dem Arbeiter längst erfüllt sind. Wenn aber irgend etwas dazu angetan ist, die denkenden Mitglieder freier an die Verbände zu knüpfen und die Einmütigkeit der Verbände und die Hinanhebung jeglicher Sonderinteressen, die der Gemeinwohl entgegenstehen, zu fördern, so ist es dieser Beschluß des Verbandes bayerischer Metallindustrieller, der die Konsolidierung der freien Meinung des kaufmännischen Radmachtes allen Prinzipalen empfiehlt.“

Die Wiener Ermittlungen gegen Eulenburg.

* Wien, 10. Juni. Die Zeugenvernehmungen in Wien in der Affäre Eulenburg sind lt. „Frk. Blg.“ abgeschlossen. Die Akten sind bereits an das Berliner Gericht abgeschickt worden. Im ganzen sind 15 Zeugen vernommen worden, darunter Graf Alzei, Baron Albert Rothschild und der Direktor des römischen Bades.

Zufriedenheit des Bundesrats zur Getreideturfuhr in der Schweiz.

* Bern, 10. Juni. Im Nationalrat wurde der Antrag gestellt, nach welchem der Bundesrat prüfen soll, ob nicht dem Bundesrat das ausschließliche Recht zu übertragen sei, zur Brotversorgung des Landes dienendes Getreide und Weiz einzuführen.

Botischer Hill in Berlin.

* Luxemburg, 10. Juni. Der neue Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, Dr. Ludwig Hill, bisher in Luxemburg beurlaubt, ist zur Ueberreichung seines Akkreditierungsschreibens hier eingetroffen.

Stellung der Florie zur Ermordung des Franziskanerpaters Justina.

* Rom, 10. Juni. Der italienische Geschäftsträger in Konstantinobel telegraphierte an den Minister Tittoni, daß der osmanische Minister des Auswärtigen ihm formell erklärt habe, daß die Florie wegen der Ermordung des italienischen Franziskanerpaters Justina die Abjurgation des Kaimakams in Dera und die Rückberufung des Gouverneurs von Bengati beabsichtigt habe.

Das republikanische Parteiprogramm in Amerika.

* London, 10. Juni. Einer halbamtlichen Zeitungsnachricht aus Washington zufolge sind die Hauptpunkte der republikanischen Plattform, die am nächsten Dienstag in Chicago angenommen werden soll, folgende: Tarifrevision, Währungsreform, Vermeidung der Flotte, Erhaltung der Landmacht, Förderung des Handels, Unterstützung der Postdampferlinien, Regelung des Korporationswesens.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten. Wirklicher Geheimrat Prof. Eggell...

Die 17. Versammlung der Deutschen otologischen Gesellschaft...

Die Deutsche Zoologische Gesellschaft hat gestern in Stuttgart...

Der vierle musikalisch-pädagogische Kongress (Berlin) ist gestern im...

Reiseberichte in Köln. Die Proben zu den Festspielen sind in...

Der Arm der Thasoskinder. Der Tod der Schwestern Maria...

7. Preussischer Lehrertag. Während die deutschen Lehrer...

Volkswirtschaft.

Am Geldmarkt sind die Sätze für Privatdiskonten 3 1/2 Proz.

Reichsbank. Trotz der in der ersten Ausweiswoche dieses...

Neue Aktiengesellschaft. Mit einer Million Aktienkapital wurde...

Die Reichsbank-Direktion. Die Reichsbank-Direktion hat...

Die Frankfurter Aktiengesellschaft für Rhein- und Main...

Bei der Deutschen Militärdienst- u. Lebens-Versicherungsgesellschaft...

Zur Textilfabrik in der Tapeten-Industrie. Aus Chemnitz...

Aufsichtsratsmitglieder. Die Frage, ob Aufsichtsräte einer...

Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche. Der...

Keine Herabsetzung der Zwischenbedpreise. Die Meldung...

Die Westdeutsche Eisenbahngesellschaft kann diesmal eine...

Spanische Anleihe. Die Kammer genehmigte einen Gesetzentwurf...

(Telegraphische Handelsberichte siehe 6. Seite.)

Mannheimer Effektenbörse

vom 10. Juni. (Offizieller Bericht.)

Börse äußerst still. Von Banken waren Spar- und Kreditbank...

Table with columns: Aktien, Banken, Eisenbahnen, Chem. Industrie, Brauereien. Lists various stocks and their prices.

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

Frankfurt a. M., 10. Juni. (Sonntagsbörse.) Bei Beginn der heutigen Börse zeigte sich auf dem Gebiete des...

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Table with columns: Schluss-Kurse, Reichsbank-Diskont, Wechsel, Staatspapiere, A. Deutsche, Bank- und Versicherungs-Aktien. Lists exchange rates and stock prices.

Abonnement: 50 Pfennig monatlich, 5 Mark jährlich. Durch die Post bezogen inkl. Postzuschlag M. 1.91 pro Quartal.

Mannheimer Journal

Inserate: Die Kolonial-Zeile ... 25 Hg. Auswärtige Inserate ... 80 Die Reklame-Zeile ... 1 Mark

Telephon: Redaktion Nr. 377.

Amts- und Kreisverköndigungsblatt.

Expedition Nr. 218.

Nr. 102.

Mittwoch, den 10. Juni 1908.

118. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Den Vollzug des Reichsvereinsgesetzes betr. Nr. 5781 IV. Am 15. Mai d. J. ist das Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908 (R. G. Bl. S. 151) sowie die zu seinem Vollzuge erlassene Verordnung Großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 11. Mai 1908 (G. u. V. Bl. Seite 108) in Kraft getreten.

Die Bürgermeistern des Landbezirks wird zum Vollzug des Gesetzes alsbald nähere Weisung zugehen.

Alle Reichsangehörigen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht widersprechen, Vereine zu bilden und sich zu versammeln.

Die allgemeinen überbetrieblichen Bestimmungen des Bundesrechts finden Anwendung, soweit es sich um die Verhütung unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer Versammlung handelt.

Ein Verein, dessen Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft, kann aufgelöst werden.

Die Auflösung einer Versammlung kann im Wege des Verwaltungsverfahrens und ohne ein solches nicht geschehen.

Die endgültige Auflösung eines Vereins ist öffentlich bekannt zu machen.

Jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt (politischer Verein) muß einen Vorstand und eine Satzung haben.

Der Vorstand ist verpflichtet, binnen einer Frist von 3 Wochen nach Gründung des Vereins die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen.

Über die Satzung sowie die Änderungen der Satzung ist eine Kopie in deutscher Fassung einzureichen.

Personenvereine, die vorübergehend zusammentreten, um im Auftrage von Wahlberechtigten Vorarbeiten für bestimmte Wahlen zu tun, sind von der Einreichung der Beschlüsse befreit.

Wer eine öffentliche Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten (politische Versammlung) veranstalten will, hat hiervon mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes und der Zeit bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten.

Unter Angabe des Ortes und der Zeit bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten.

Unter Angabe des Ortes und der Zeit bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten.

Unter Angabe des Ortes und der Zeit bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten.

Unter Angabe des Ortes und der Zeit bei der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten.

Die Zulässigkeit weiterer Ausnahmen regelt die Landesgesetzgebung.

Beauftragte, welche die Polizeibehörde in eine öffentliche Versammlung (§§ 5, 6, 7, 8, 9, 12) entsendet, haben sich unter Androhung ihrer Eigenhaft dem Leiter oder, solange dieser nicht bestellt ist, dem Veranstalter der Versammlung zu erkennen zu geben.

Die Beauftragten der Polizeibehörde sind beauftragt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Die Beauftragten der Polizeibehörde sind beauftragt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Die Beauftragten der Polizeibehörde sind beauftragt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Die Beauftragten der Polizeibehörde sind beauftragt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Die Beauftragten der Polizeibehörde sind beauftragt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Die Beauftragten der Polizeibehörde sind beauftragt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Die Beauftragten der Polizeibehörde sind beauftragt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Die Beauftragten der Polizeibehörde sind beauftragt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Die Beauftragten der Polizeibehörde sind beauftragt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Die Beauftragten der Polizeibehörde sind beauftragt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Die Beauftragten der Polizeibehörde sind beauftragt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Die Beauftragten der Polizeibehörde sind beauftragt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Die Beauftragten der Polizeibehörde sind beauftragt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Die Beauftragten der Polizeibehörde sind beauftragt, unter Angabe des Grundes die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

Dieses Gesetz tritt am 15. Mai 1908 in Kraft.

Verordnung. Den Vollzug des Reichsvereinsgesetzes betr. Nr. 5781 IV.

Die nach dem Reichsvereinsgesetz den Behörden zugewiesenen Befugnisse sind folgendermaßen wahrzunehmen:

1. diejenigen der Polizeibehörde in den Fällen der §§ 3, 7, 8, 9, 12 und 14 des Gesetzes durch das Bezirksamt, im Falle des § 5 durch die Kreispolizeibehörde.

2. diejenigen der höheren Verwaltungsbehörde und der Landeszentralbehörde durch das Ministerium des Innern.

Die beschriebene Ermächtigung zum Erscheinen mit Waffen nach § 11 des Gesetzes erteilt das Bezirksamt.

Jur. Aufhebung eines Vereins, dessen Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft, auf Grund des § 2 des Gesetzes ist dasjenige Bezirksamt zuständig, in dessen Bezirk der Verein seinen Sitz hat.

Jur. Entscheidung über die Klage gegen die Auflösung des Vereins durch das Bezirksamt ist der Verwaltungsgerichtsbarkeit in erster und letzter Instanz nach Maßgabe der §§ 41 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes zuzuschicken.

Die in § 5 des Gesetzes vorgeschriebene Beschränkung der Polizeibehörde über die erzielte Anzeige einer öffentlichen politischen Versammlung hat zu enthalten:

1. Ort und Zeit der Versammlung sowie Name des Veranstalters, 2. Tag und Stunde der Anzeige, 3. Unterschrift des Beamten unter Beiliegung des Protokolls.

Einer Anzeige nach § 5 des Gesetzes bedarf es nicht, wenn die Abhaltung der Versammlung mindestens 24 Stunden vor dem Versammlungsbeginn unter Angabe von Ort und Zeit der Versammlung sowie unter Nennung des Veranstalters öffentlich bekannt gegeben worden ist, entweder

a) in einer im Amtsbezirk erscheinenden Zeitung oder b) durch öffentliche, in die Augen fallende Aufsätze im Versammlungsort.

Öffentliche Versammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen und Aufsätze auf öffentlichen Straßen und Plätzen bedürfen der Genehmigung des Bezirksamts.

Keiner Genehmigung oder Anzeige bedürfen gewöhnliche Reizeubegünstigte sowie Jäger der Hochwildgesellschaften, wo sie hergebrannt sind, ferner Aufzüge und Aufmärsche der Feuerwehren, Sanitätskolonnen, Kriegervereine, Innungen, Schützen sowie die Aufzüge der Vereine zu gesellschaftlichen und sportlichen Zwecken.

Aufzüge, die durch mehrere Ortschaften führen, bedürfen, sofern sie überhaupt genehmigungspflichtig sind, nur der Genehmigung desjenigen Bezirksamts, in dessen Bezirk der Aufzug seinen Anfang nimmt.

Die zur Verhütung von Gefahren für die öffentliche Sicherheit erforderlichen polizeilichen Anordnungen derselben bei allen Versammlungen unter freiem Himmel und allen Aufzügen vorzubehalten.

Der Gebrauch einer nichtdeutschen Sprache ist in den in § 8 Absatz 3 des Gesetzes bezeichneten öffentlichen Versammlungen zulässig. In anderen öffentlichen Versammlungen ist neben den in § 12 Absatz 2 des Gesetzes bezeichneten Fällen einzelner Redner der Gebrauch einer nichtdeutschen Sprache gestattet.

